



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 30.01.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 04. Februar 2014, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 12.11.2013, 10.12.2013 und 19.12.2013**
2. **14-F-33-0001**

Salzbach-Route als Rad-/Fußweg weiterentwickeln
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 8.1.2014 -

Der Ausbau der Salzbach-Route als durchgängige Rad- und Fußwegeverbindung von der Wiesbadener Innenstadt in die südöstlichen Vororte an der Rheinschiene ist seit vielen Jahren eine berechtigte politische Forderung.

Derzeit gibt es keine attraktive Radwegeverbindung in diesem Bereich, die eine Erschließung dieser Stadtteile und die Verbindung zum überregionalen Hessischen Radfernweg R3 herstellt. Daher sollten die Planungen konsequent vorangetrieben werden.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zunächst einen Ortstermin für die Mitglieder des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr im Bereich des Hauptklärwerkes zu dieser Thematik durchzuführen.
2. verschiedene Routenvorschläge zu unterbreiten, in welchen Bereichen eine Radwegeführung zwischen Hauptbahnhof und Hammermühle geführt werden könnte. Dabei sind vor allem im Bereich des Hauptklärwerkes alle denkbaren Varianten (auch unmittelbar an den Rändern des Werksgeländes) zu berücksichtigen und mit ihren Vor- und Nachteilen gegenüber zu stellen. Die Planungen sollen auch dem Radverkehrsforum vorgestellt werden.
3. darzustellen, wie die konkreten Eigentumsverhältnisse in den betroffenen Bereichen sind
4. im Rahmen des Bebauungsplan- und FNP-Änderungsverfahrens zur Erweiterung des Hauptklärwerkes die theoretisch denkbaren Radwegevarianten zu berücksichtigen.

3. 14-F-21-0001

Fahrradverleihsysteme in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.1.2014 -

Ein Einsatz von Mietfahrrädern in Wiesbaden ist unter verkehrs- und umwelt-politischen Aspekten sinnvoll. Daher hat der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr am 25.09.2012 den Magistrat gebeten, ein Konzept zur Einführung eines durchgängigen Mietfahrradsystems vorzubereiten. Ursprünglich sollte hierbei ein mit dem System der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) kompatibles System vorbereitet werden.

Der AStA der Hochschule Rhein-Main plant nun in Zusammenarbeit mit DB Rent ein eigenständiges Fahrradverleihsystem zum Sommersemester 2014 mit 100 bis 150 Fahrrädern für Studierende und Nicht-Studierende in Wiesbaden einzuführen.

Es liegt im Interesse der Stadt möglichst vielen Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern den schnellen Zugang zu Mietfahrrädern zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. öffentliche Flächen vorzustellen, die kurzfristig für das AStA-Verleihsystem sowie mittelfristig auch für ein „Wiesbadener Verleihsystem“ genutzt werden können.
2. für den Fall, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden neben dem AStA-Verleihsystem von DB Rent ein alternatives Wiesbadener Verleihsystem initiiert, darzustellen, ob und wie eine Kombination der verschiedenen Modelle ggf. inklusive des „MeinRad“-Systems der MVG vorgenommen werden kann.

3. zu klären, welche rechtlichen Schritte notwendig sind, um im öffentlichen Raum Flächen für Fahrradverleihsysteme anzubieten.

4. 14-F-03-0016

Mitnahmeregelung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.1.2014 -

Nachdem der RMV die Mitnahmeregelung für Kinder unter 14 Jahren zuungunsten der Familien geändert hat, legte der Oberbürgermeister der LHW eine Sitzungsvorlage vor, mit dem Ziel diese Regelung wieder rückgängig zu machen und tagsüber die Mitnahme von Kindern unter 14 Jahren für Zeitkarteninhaber erneut zu ermöglichen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Einzelheiten der neuen Mitnahmeregelung darzulegen,
2. zu berichten, ob und wann die neue Mitnahmeregelung in Kraft tritt,
3. welche Chancen bestehen, dass die neue Mitnahmeregelung über die Grenzen Wiesbadens hinaus übernommen wird.

5. 14-F-08-0003

Kommunikation der Änderung von Beförderungsbedingungen an städtische Gremien

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 28.1.2014 -

Die überraschende Änderung der Beförderungsbedingungen bei der Mitnahmeregelung bei ESWE-Verkehr und die sehr mangelhafte Kommunikation von ESWE Verkehr zu diesem Thema haben gezeigt, dass es hier ein strukturelles Informationsproblem gibt. Änderungen am Liniennetz, Taktänderungen und ähnliche Änderungen zu einem Fahrplanwechsel werden den städtischen Gremien rechtzeitig, fast ein Jahr vorher, in Form einer Sitzungsvorlage bekannt gegeben. Bei Änderungen bei den Beförderungsbedingungen ist dies bisher nicht der Fall. Um ähnliche Kommunikationsmängel wie bei der Mitnahmeregelung für die Zukunft auszuschließen, sollten zukünftig auch alle Änderungen bei den Beförderungsbedingungen rechtzeitig an die städtischen Gremien kommuniziert werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ab sofort in alle zukünftige Sitzungsvorlagen zu den geplanten Maßnahmen der LNO und ESWE Verkehr zu den jeweiligen Fahrplanwechseln auch alle geplanten Änderungen der Beförderungsbedingungen aufzunehmen;

2. Geplante Änderungen der Beförderungsbedingungen, die nach Redaktionsschluss der jeweiligen Fahrplanwechsel-Sitzungsvorlagen durch die zuständigen Gremien der Verkehrsunternehmen (ESWE Verkehr, RMV, VMW) beschlossen werden, in einer separaten Sitzungsvorlage den städtischen Gremien mitzuteilen.

6. 14-F-08-0007

Sachstandsbericht Bauleitplanung „LindeQuartier“
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.1.2014 -

Mitgliedern des Ortsbeirates Mainz-Kostheim wurden seitens der Verwaltung kürzlich neue, recht konkrete Planungen für das „LindeQuartier“ vorgestellt. Angesichts der Bedeutung der Planungen - gesprochen wird von 800 bis 1000 Wohneinheiten - ist eine frühzeitige Information der Stadtverordneten erforderlich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge kurzfristig konkret über die Planungen zum „LindeQuartier“ und den Sachstand der Verhandlungen mit dem Investor berichten.

7. 14-V-04-0004

Platz der deutschen Einheit - Finanzierung des geplanten Stadtplatzes und des Quartiersplatzes der Ausführung; Freigabe der Mittel

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 4.2.2014. Die Unterlagen werden nachgereicht. -

8. 13-V-82-0014

DL 09/14-1

Neubau Rhein-Main-Hallen - Rückbaukonzept, Baufeldfreimachung und Mittelfreigabe

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 4.2.2014 -

9. Städtebaulicher Realisierungswettbewerb für ein neues Wohngebiet in Wiesbaden-Delkenheim "Lange Seegewann", Vorstellung des Auslobungstextes

10. 13-V-63-0021

DL 03/14-9

Wiesbaden Geschwister-Stock-Platz 1, Bauantrag Neubau Kindertagesstätte für 134 Kinder, 6 Stellplätze

11. 14-V-67-0002

DL 09/14-5, 06/14-3

Neukonzeption des Kulturparks auf Grund der Hallenumstrukturierung

12. 13-V-61-0044

DL 03/14-8

Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs "Osthafen, westlich des Hafengeweges" im Ortsbezirk Schierstein
- Satzungsbeschluss

13. 14-F-03-0010

Verkehrsanbindung Gewerbegebiet Petersweg Ost über den Unteren Zwerchweg
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.1.2014 -

Es ist unstrittig, dass die Verkehrsanbindung des Gewerbegebiets Petersweg Ost problematisch und eine Verbesserung notwendig und sinnvoll ist. Ein wichtiger Baustein hierfür wäre der Ausbau des ÖPNV; die Pläne für eine Stadtbahn sind vorerst auf Eis gelegt und die Möglichkeiten einer Verbesserung des Bus-Angebots sind allein nicht ausreichend. Die Pläne für den Ausbau der Boelckestraße sind problematisch, umstritten und kurzfristig nicht realisierbar; ebenso die für einen direkten Autobahnanschluss.

Als eine Variante könnte in Betracht kommen, den Unteren Zwerchweg (führt zwischen dem ehemaligen Gelände Holz-Hess und der Bahn schon heute in das Gewerbegebiet) auszubauen, um ihn zu einer nördlichen Zu- und Abfahrt zum Gewerbegebiet Petersweg (Ost) zu ertüchtigen. Der gesamte von Norden kommende Verkehr (aus Richtung Wiesbaden und von den Autobahnen A66 und A671) könnte, wie heute, zunächst zweispurig auf Kastel, über die Boelckestraße und vor der Verengung der Boelckestraße in das (und aus dem) Gewerbegebiet nach rechts abgeleitet werden.

Der umstrittene Ausbau der Boelckestraße mit der Begründung des Zielverkehrs Petersweg Ost könnte zumindest zurückgestellt werden. Er wäre erst dann erneut zu prüfen, wenn durch wesentliche Veränderungen in der Stadtentwicklung (z. B. Bebauung des "AAFES Geländes") der originäre Verkehr von und nach Kastel zunimmt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat möge prüfen, ob und in welcher Ausgestaltung der Untere Zwerchweg als nördliche Zu- und Abfahrt zum Gewerbegebiet Petersweg (Ost) ausgebaut werden kann, und entsprechende Planungen vorlegen.
2. Der Magistrat wird gebeten, bei positivem Abschluss der Prüfung, die Pläne zum weiteren Ausbau der Boelckestraße entsprechend solange zurückzustellen, bis durch originären Quell- und Zielverkehr von bzw. nach Kastel (Stichwort Entwicklung AAFES Gelände) ggf. adäquater Bedarf entsteht.

14. 14-F-03-0011

Fuß- und Radwegeverbindung zwischen Distrikt Loh und dem Grundweg in der Gibb.
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.1.2014 -

Die verkehrsarmen Wege im Grünzug parallel zur Erich Ollerhauer-Straße eignen sich ideal zum Wandern, Radfahren oder für Spaziergänge. Leider sind jedoch an einigen Stellen Querungen von stark befahrenen Straßen unumgänglich. Diese Querungen für nichtmotorisierte Verkehrsteilnehmer so gefahrlos und bequem wie möglich zu gestalten, muss ein wichtiges Ziel der Verkehrspolitik sein.

Ein Beispiel ist die Querung der Saarstraße, von der Loh kommend, unter der Zufahrt zur A 643 hindurch, zum Grundweg in der Gibb. Deutliche Fahrradspuren unter der Brücke zeugen hier von einer rege genutzten Wegebeziehung. Viele potenzielle Nutzer schreckt diese extrem verkehrsreiche und gefährliche Stelle jedoch ab. Der Umweg bis zur Kahlen Mühle und wieder zurück ist nicht sehr attraktiv.

Weiterhin ist eine Beschilderung der Wege notwendig, um sie auch für nicht Ortskundige nutzbar zu machen. Einige dieser Flurwege, östlich der Erich-Ollenhauer-Straße, enden heute noch als Sackgasse. Hier sollte mittelfristig ein durchgängiger autoverkehrsfreier Fuß- und Radweg realisiert werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, folgende Maßnahmen zu realisieren:

1. eine für Fußgänger und Radfahrer gefahrlose Querung der Saarstraße am Ende des Grundwegs, um nach nochmaliger Querung der in Richtung Schierstein verlaufenden Fahrspuren den vorhandenen Weg in Richtung Dotzheim fortsetzen zu können,
2. Anlage eines befestigten Weges unter dem Brückenbauwerk zwischen den Querungen,
3. Beschilderung des Weges von der Erich-Ollenhauer-Straße über den Straßenmühlweg als verkehrsfreie Variante über Distrikt Loh, Grundweg, Gibb, Schloßpark Biebrich, zum Rheinufer und zurück.

15. 14-F-03-0012

Neues Konzept der Citylogistik in der Fußgängerzone
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.1.2014 -

Basierend auf der Presse vom 21.1.2014 (Dezernent Franz: „Abhilfe schaffen letztlich nur Poller“) sehen wir es für notwendig an, dass die Stadt sich um das Thema Lieferverkehr in der Stadt zunehmend bemüht. Wir teilen die Auffassung des Dezernenten, dass das Problem der Befahrung außerhalb der Lieferzeiten ohne versenkbare Poller nicht zu lösen ist. Daher sind Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl das Lieferverkehrsaufkommen nach Menge einschränken als auch sicherstellen, dass die Lieferzeiten nicht überschritten werden.

Gemäß dem EU-Forschungsprojekt „FIDEUS - Citylogistik neu gedacht“ sollten innovative Systeme als Ergänzung bzw. langfristiger Ersatz für den individuellen Lieferverkehr zum Einsatz kommen. Hierbei kämen Systeme wie das Elektroscootersystem (Microcarrier) in Hannover oder die Fahrradauslieferung in Hamburg in Betracht.

Im zweiten Schritt kann das System auf die gesamte Innenstadt ausgeweitet werden, um so die Abgas- und Lärmbelastung durch den Lieferverkehr nachhaltig zu reduzieren.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein Konzept zu erstellen, dass zum Ziel hat

- in einem ersten Schritt den individuellen Lieferverkehr in der Fußgängerzone langfristig zu ersetzen
- und im zweiten Schritt das neue umweltfreundliche System auf die gesamte Innenstadt auszuweiten.

16. 14-F-03-0013

Mieterticket

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.1.2014 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus hat bereits 2004 auf die Vorzüge eines Mietertickets hingewiesen und einen Vorschlag zur Umsetzung gemacht, der nunmehr in Frankfurt auf dem Riedberg im Rahmen eines Pilotprojekts „Wohnen und Mobilität aus einer Hand“ für die Bewohner von 229 Wohnungen der ABG Frankfurt Holding, Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Frankfurt am Main, realisiert wurde.

Das Mieterticket wird vom Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und ABG zusammen mit den lokalen Partnern traffiQ und Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) angeboten.

Mieter der ABG können Busse und Bahnen im RMV günstiger nutzen. Um dieses preislich besonders attraktive Angebot zu ermöglichen, gibt der RMV eingesparte Vertriebskosten - wie bei anderen Großgruppenangeboten auch - an seine Kundinnen und Kunden weiter.

Zudem gibt es noch ein günstiges „Schnupperangebot“. Die Mieter können für drei Monate ein Ticket ausprobieren. Sie selbst zahlen dann nur für einen Monat. Für die beiden weiteren Monate teilen sich jeweils ABG und RMV die Kosten.

Der RMV wäre grundsätzlich bereit, das Angebot auf andere Mietergruppen im Rhein-Main-Gebiet auszuweiten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit dem RMV und den Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel ein ÖPNV-Mieterticket für die Mieter anzubieten.

17. 14-F-03-0014

Anzeige Echtzeitfahrplan

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.1.2014 -

Verspätungen lassen sich im Stadtverkehr nicht immer vermeiden. Umso wichtiger ist es, dass Fahrgäste zeitnah und umfassend informiert werden. Insbesondere für die ESWE-Buskundinnen und Kunden in den Vororten, wo der Bustakt zeitweise nicht sehr dicht ist, ist es wichtig zu wissen, ob und wie viel ein Bus Verspätung hat, bzw. ob er überhaupt noch kommt oder möglicherweise ganz ausfällt. Mit einer App für Smartphones mit der Echtzeitinformationen über die Fahrzeiten abgerufen werden können, lassen sich Wartezeiten, die vor allem in der kalten Jahreszeit sehr unangenehm sein können, vermeiden. Dies würde die Attraktivität des ÖPNV erhöhen, denn niemand wartet gerne auf den Bus.

Andere Verkehrsverbünde bieten bereits Echtzeitinformationen zu den ÖPNV-Fahrzeiten an. Beim Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen kann man beispielsweise an den Haltestellen mit einem QR-Code auf die Webseite, wo die Informationen zur Verfügung stehen, gelangen. Auch in Münster oder bei der Deutschen Bahn gibt es Apps für Smartphones mit denen Echtzeitfahrplaninformationen abgerufen werden können.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Gespräche mit ESWE-Verkehr zu führen mit dem Ziel, stadt- und letztlich RMV-weit eine App für Smartphones anzubieten, mit der Verspätungen von Bussen und die voraussichtliche Ankunftszeit, bzw. Ausfälle direkt an die ÖPNV-Nutzer/innen übermittelt werden können, um unnötiges Warten an Bushaltestellen zu vermeiden.

18. 14-F-03-0015

Bus/Bürgertaxi zum Bestattungswald in Frauenstein

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.1.2014 -

Der Friedwald in Frauenstein ist derzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar. Eine reguläre Busverbindung scheint wirtschaftlich nicht darstellbar zu sein. Deshalb muss nach Alternativen gesucht werden. Möglicherweise könnten Systeme wie Bürgerbusse, Bürgertaxis oder Sammeltaxis dort zum Einsatz kommen.

Beispiele gibt es im Hunsrück <http://www.lag-hunsrueck.de/projekte/P31.pdf> oder im Werra-Meißner-Kreis <http://www.mobilfalt.de/aktuelles/presse/meldungsdetail/nvv-startet-neues-pilotprojekt-mobilfalt-im-april-2013-864/>

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob für die Fahrten zum Friedwald in Frauenstein ein niederschwelliges System wie Bürgerbusse, Bürgertaxis oder Sammeltaxis eingerichtet werden kann.
2. zu prüfen, ob einzelne Fahrten der Linie 275 über den Friedwald Frauenstein geführt werden könnten.

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 13-F-07-0005 ANLAGE
Gestaltung der unteren Golfstraße (Nr. 13,15 - Sackgasse) als verkehrsberuhigte Zone nach Verkehrszeichen 325(Spielstraße)
- Beschluss Nr. 0050 des Ortsbeirates Wiesbaden-Breckenheim vom 19.11.2013 -

2. 13-F-07-0010 ANLAGE
Grundstücksgeschäfte am Hainweg
- Bericht des Dezernates III vom 3.1.2014 -

3. 13-F-08-0096 ANLAGE
Ehemaliges Gerichtsareal endlich gestalten!
- Schreiben des Oberbürgermeisters vom 14.1.2014 -

4. 13-F-33-0081 ANLAGE
Simeonhaus
- Schreiben des Stadtkämmerers vom 27.1.2014 -

5. 13-V-04-0012 DL 01/14-1
Neuvergabe des ÖPNV in 2017

6. 14-V-20-0011 DL 09/14-2 NÖ, 06/14-1 NÖ
Bürgschaft Nr.600 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH

7. 13-V-20-0096 DL 03/14-2 NÖ
Bürgschaft Nr. 598 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

- | | | |
|------------|---|--------------------------------------|
| 8. | 14-V-40-0001 | DL 07/14-6, 05/14-7 |
| | Fritz-Gansberg-Schule - Vorbereitungen zur Errichtung eines Neubaus | |
|
 | | |
| 9. | 13-V-61-0029 | DL 01/14-7, 45/13-6 , 43/13-3 |
| | Liegenschaftsanforderung der US-Streitkräfte ID Nr. 3983 - Wiesbaden - Erbenheim | |
|
 | | |
| 10. | 13-V-64-0003 | DL 01/14-8 |
| | Projekt "IT-Verfahren für den Gebäudebetrieb" | |
|
 | | |
| 11. | 13-V-66-0206 | DL 02/14-3 |
| | Fußgängersicherung Kreisverkehr Oberpfortstraße in Wiesbaden-Nordenstadt | |
|
 | | |
| 12. | 13-V-66-0208 | DL 02/14-4 |
| | Wegweisende Beschilderung für den Radverkehr | |
|
 | | |
| 13. | 13-V-66-0233 | DL 03/14-10 |
| | Konrad-Zuse-Straße / Daimlerring in Wiesbaden-Nordenstadt - Umbau des Knotenpunktes | |
|
 | | |
| 14. | 13-V-66-0239 | DL 02/14-5 |
| | Östliche Hauptstraße in Mainz-Kostheim - Ordnung ruhender Verkehr | |
|
 | | |
| 15. | 13-V-66-0244 | DL 02/14-6 |
| | Heinrich-Pette-Straße-Verkehrsberuhigung | |
|
 | | |
| 16. | 13-V-66-0245 | DL 03/14-11 |
| | Ludwig-Wolker-Straße - Einrichtung einer Fußgängerquerungsstelle | |

Seite 11 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 04. Februar 2014

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender